



Abb. 1: Bayern war beim Frühjahrsfest der KZBV in Berlin stark vertreten. – **Abb. 2:** „Der Anteil der Zahnmedizin an den Gesamtausgaben der Krankenkassen geht seit Jahren zurück“, betonte KZVB-Vorstandsmitglied Dr. Jens Kober gegenüber DAK-Chef Andreas Storm bei einer Veranstaltung in München.

KZVB vor Ort

Lobbyarbeit in Berlin und München

Der gesundheitspolitische Terminkalender ist im Frühjahr prall gefüllt. Am 20. Mai lud die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) zu ihrem traditionellen Frühjahrsfest nach Berlin ein. Mehr als 300 Gäste aus Politik, Gesundheitswesen, Selbstverwaltung, Wissenschaft und Medien machten klar, welche Erwartungen sie an die neue Bundesregierung haben. Und auch in Bayern wurde heiß diskutiert bei „DAK im Dialog“, einer Veranstaltungsreihe der DAK-Landesvertretung Bayern. Die KZVB war bei beiden Terminen vor Ort.

Wichtigstes Thema war bei beiden Veranstaltungen die angespannte Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Klar ist, dass etwas passieren muss, und zwar schnell. „Wir können nicht auf die Vorschläge einer Expertenkommission warten“, warnte der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag Klaus Holetschek bei der DAK. Ähnliche Töne waren auch in Berlin zu hören. So warnte der KZBV-Vorstandsvorsitzende Martin Hendges vor den negativen Auswirkungen kurzsichtiger und undifferenziert auf sämtliche Leistungsbereiche angewandter Sparmaßnahmen. „Kostendämpfung nach dem ‚Rasenmäherprinzip‘ ist nicht nur ungerecht, sondern löst in keiner Weise die wahren Probleme unseres Gesundheitssystems“. Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz habe der neuen, präventionsorientierten Parodontistherapie nachhaltig geschadet. Gleichzeitig betonte Hendges, dass der Anteil der Zahnmedizin an den Leistungsausgaben der GKV über zwei

Jahrzehnte um mehr als ein Drittel gesunken sei. Aus medizinischen und finanziellen Gründen sei es daher dringend erforderlich, gezielt in den Ausbau präventiver Versorgungskonzepte zu investieren. Denn: „Prävention wirkt. Sie spart bares Geld.“

Auch der Gesundheitsökonom Prof. Dr. Andreas Beivers verwies bei der DAK-Veranstaltung in München auf den zu geringen Stellenwert der Prävention. Das deutsche Gesundheitssystem sei zwar teuer, liefere aber nicht die gewünschten Ergebnisse. Die Lebenserwartung sei geringer als in anderen Industrieländern. DAK-Chef Andreas Storm schilderte, wie dramatisch die finanzielle Lage der Kassen ist. Die Rücklagen reichten für weniger als zwei Tage. Vorgeschrieben sei aber ein Drittel einer Monatsausgabe. Der Staat habe die Milliarden, die er dem Gesundheitsfonds für die Bewältigung der Corona-Pandemie entnommen habe, bis heute nicht zurückbezahlt. Hinzu kämen wei-

tere Milliarden für versicherungsfremde Leistungen und natürlich der demografische Wandel. Wenn die Politik nicht handele, seien weitere Beitragserhöhungen unvermeidbar. Schon 2030 könne der GKV-Beitrag dann bei 20 Prozent liegen.

Das Fazit aus beiden Veranstaltungen: Die neue Bundesgesundheitsministerin Nina Warken steht vor gewaltigen Herausforderungen. Sie muss Einnahmen und Ausgaben der GKV wieder in Einklang bringen – und zwar langfristig. Flickschusterei, wie sie unter Karl Lauterbach und seinen Vorgängern betrieben wurde, löst die Probleme des deutschen Gesundheitswesens nicht. Die Zahnmedizin kann Vorbild sein, wenn es um Prävention und mehr Eigenverantwortung der Patienten geht.

Leo Hofmeier
Ingrid Scholz